

Konkrete Forderungen
der Erneuerbare-Energien-Verbände

Kompost & Biogas Verband Österreich, www.kompost-biogas.info

Biogasanlagen sind eng mit der regionalen Wirtschaft vernetzt. Rund 95% aller Ausgaben verbleiben in Österreich, wodurch das Bruttoregionalprodukt mit rund 120 Mio. € pro Jahr positiv beeinflusst wird. Durch die Vielzahl an der Biogastechnik beteiligten Gewerke erzielt Biogas die höchsten Nettoarbeitsplatzeffekte unter den erneuerbaren Energien. Insgesamt arbeiten rund 3500 Vollzeit Arbeitsplätze für den Sektor Biogas. Das Unterstützungsvolumen für Ökostrom aus Biogas lag 2016 bei 1,80 € pro Haushalt und Monat.

Die Zukunft für Biogasanlagen liegt in der Bereitstellung von Stromdienstleistungen und hoher Wärmenutzung sowie in der Bereitstellung von Biomethan für die nachhaltige Versorgung von Industrie und Ballungszentren. Mit einer positiven Umsetzung der geplanten Ökostromgesetznovelle könnte bestehende Anlagen einerseits gesichert und andererseits für die Weiterentwicklung der Technik genutzt werden. Zudem würde der künftige Zubau vermehrt Richtung Gaseinspeisung und kombinierter Strom- Wärmeerzeugung in Städten genutzt werden.



Kontakt: Franz Kirchmeyr, 0664 / 30 40 761, kirchmeyr@kompost-biogas.info

Bundesverband Photovoltaik Österreich, www.pvaustria.at

- Beachtung des Eigenverbrauchs
Aufgrund gesunkener Einspeisetarife steht mittlerweile der Eigenverbrauch von PV-Anlagen im Vordergrund. Für die Berechnung des Förderbudget wird jedoch die installierte Leistung herangezogen, und nicht die tatsächlich eingespeiste Strommenge. Damit wird wesentlich mehr Fördergeld reserviert als eigentlich benötigt. Rund 2 Mio. Euro bleiben durch den Eigenverbrauch ungenutzt.

Lösung: Bei der Antragstellung Abfragung des geplanten Eigenverbrauchs. Anhand dieser Quote wird der Förderantrag im Kontingent gereiht. Je höher der Eigenverbrauch umso weiter vorne wird der Antrag gereiht.

- Fixe Zuteilung des Resttopfs-Budgets für Bürgeranlagen

Der Resttopf wird unter Antragstellern aus Wind-, Wasser- und PV-Anlagen aufgeteilt. Dies ist jedoch durch die Gültigkeit der Förderanträge (3 Jahre für Windkraftanlagen, 1 Jahr für PV-Anlagen) kaum gerecht aufteilbar. Die PV kommt bei diesem Resttopf nicht zum Zug. Eine fixe Zuteilung der Beiträge auf die einzelnen Sparten ist daher dringend notwendig. Eine entsprechende Regelung wurde im Entwurf von 2015 bereits vorgesehen, fehlt im aktuellen Entwurf jedoch wieder. Ersatzweise wäre auch eine Aufstockung des Fördervolumens von 8 Mio. Euro möglich.

Kontakt: Vera Liebl, 0650 / 852 00 90, office@pvaustria.at



Interessengemeinschaft Windkraft Österreich, www.igwindkraft.at

Die Ökostromgesetz Novelle könnte in Summe 6.500 Arbeitsplätze schaffen und weitere 3.500 sichern. Ein zusätzliches Investitionsvolumen von mehr als zwei Milliarden Euro würde ausgelöst.

Kommt die Novelle nicht, gehen Arbeitsplätze und Investitionen verloren und Stranded Assets werden erzeugt, anstatt die Energiewende für unsere Zukunft voran zu treiben. Allein 260 fertig genehmigte Windkraftwerke können nicht gebaut werden, wenn das Ökostromgesetz nicht geändert wird.

- **Abbau der Warteschlange für Windkraft**
Die Warteschlange von 260 Windkraftanlagen kann laut einem Gutachten der Anwaltskanzlei Binder+Grösswang kostenneutral abgebaut werden und so Arbeitsplätze und Investitionen in Österreich sichern. Auf einen Schlag könnten diese Anlagen sauberen Strom für 2,5% des österreichischen Stromverbrauches liefern und heimische Energieversorgung für Österreich sicherstellen.
- **Rechtssicherheit durch sofortigen Vertragsabschluss**
Bisher besteht bei Tarifzusage noch kein Rechtsanspruch was wiederum eine hohe Unsicherheit für Anlagenerrichter mit sich bringt.
- **Beseitigung der Diskriminierung von Altanlagen im Burgenland und in NÖ**

Diese Anlagen haben teilweise anstatt der üblichen 13 Jahre Laufzeit des Fördertarifes lediglich 10 Jahre zugestanden bekommen. Dieser Schaden muss repariert werden.

*Kontakt: Martin Fliegenschnee-Jaksch, 0699 / 188 77 855,
m.fliegenschnee@igwindkraft.at*



Kleinwasserkraft Österreich, www.kleinwasserkraft.at

- 3 Mio. Jahreskontingent für die Kleinwasserkraft
- sofortiger Warteschlangenabbau durch ein einmaliges Zusatzkontingent in Höhe von max. 7,5 Mio. (das davon ausgelöste Investitionsvolumen beträgt rund 500 Mio. Euro)
- Verhinderung von Härtefällen hinsichtlich der Ökostrompauschale bei Überschusseinspeisern hier werden Ökostromeinspeisern Netzkosten weiterverrechnet, die die Erzeugungserlöse obsolet machen.
- **Rechtssicherheit durch sofortigen Vertragsabschluss**
Bisher besteht bei Tarifzusage noch kein Rechtsanspruch was wiederum eine hohe Unsicherheit für Anlagenerrichter mit sich bringt.
- sämtliche Maßnahmen sind aufgrund aus dem Tarif ausscheidender Anlagen ohne neue Belastungen für die StromkundInnen möglich.

Kontakt: Paul Ablinger, 0664 / 88 25 33 48, p.ablinger@kleinwasserkraft.at

